

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung

Für Freiheit und Demokratie eintreten! – Berliner Parlament zur Inhaftierung des Istanbuler Bürgermeisters İmamoğlu

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Verhaftung des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu, wenige Tage vor seiner geplanten Benennung zum Präsidentschaftskandidaten der CHP, der größten Oppositionspartei in der Türkei, stellt einen offensichtlichen Versuch dar, eine demokratische Wahl zu verhindern und eine legitime Opposition auszuschalten. Diesen Angriff auf Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit verurteilen wir auf das Schärfste.

Istanbul und Berlin verbindet neben den vielen Menschen mit türkischem und kurdischem Hintergrund, die in Berlin zuhause sind, eine 35jährige, enge Städtepartnerschaft. Darüber hinaus haben sieben Berliner Bezirke bereits eine Städtepartnerschaft mit einer Gemeinde in der Türkei. Unsere Städtepartnerschaft gründet auf dem Bekenntnis zu den universellen Werten der Achtung der Menschenrechte, der Förderung von Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen und einer starken, lebendigen und vielfältigen Demokratie.

Es zeigt sich abermals, wie wichtig es ist, diese Werte in aller Eindeutigkeit und Entschlossenheit zu verteidigen.

Die Verhaftung İmamoğlus und vieler weiterer Oppositioneller reiht sich aktuell ein in eine sich seit Jahren verschlechternde und besorgniserregende Entwicklung von Einschränkungen der Meinungsfreiheit, Absetzung etlicher kurdischstämmiger Bürgermeister*innen, von politisch motivierten Verhaftungen und Schau-Prozessen, Einschüchterung und Marginalisierungen – auch von Berliner*innen.

Für viele gerade junge Menschen aus der Türkei, die aufgrund dieser Entwicklung in den vergangenen Jahren nach Berlin gekommen sind, als Wissenschaftler*innen, als Studierende

oder als zivilgesellschaftlich Engagierte, ist Berlin ein sicherer Hafen. Sie brauchen Schutz und Unterstützung, um sich in Berlin ein neues Leben aufbauen zu können. Diese Unterstützung sicherzustellen ist unsere Aufgabe. Berlin steht an ihrer Seite. Und Berlin steht auch jetzt an der Seite von İmamoğlu und all den anderen demokratischen Kräften, die sich für die Rechte von Frauen, von queeren Menschen, von Geflüchteten und von ethnischen oder religiösen Minderheiten, wie u.a. den Kurd*innen, Armenier*innen und Alevit*innen, und den Schutz von Menschenrechten einsetzen.

Uns ist es wichtig, unsere Solidarität zu zeigen, mit allen Menschen, die für Freiheit, Gerechtigkeit und eine demokratische Türkei kämpfen.

Berlin steht solidarisch hinter dem wiederholt demokratisch legitimierten Bürgermeister seiner Partnerstadt Istanbul und erwartet von der türkischen Regierung seine Freilassung sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Einhaltung demokratischer Grundsätze!

Berlin, den 26.03.2025

Jarasch Graf Omar
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Eralp
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke